

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Berbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Reichsstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreifachspalt. Petitzeile 1 M. Aufnahme nur bei vorherg.
Gebühreneinsendung auf Postk. Alfred Nobel 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsf. Freitag

Neues Leben — Neue Kraft!

Die allgemeine Wirtschaftskrise lastet schwer auf der gesamten Arbeiterschaft. Lohnabbau, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit brachten Senkung des Einkommens für die beschäftigten Arbeiter und im Gefolge weitere Verschlechterungen der Unterstützungseinkommen der unbefähigten Arbeiter. Die Unternehmer verlangen für ihre Monopolbetriebe Wiederherstellung der freien Wirtschaft, d. h. Aufhebung der Tarifverträge und rückichtslosen Abbau aller Erwerbschancen auf Lohn- oder auf sozialpolitischem Gebiet. Schon haben die Arbeitgeber eine neue Welle von Lohnkürzungen angekündigt und alles getan, um dieser Welle den nötigen Schwung zu geben. Die Reichsregierung glaubt nur in der allgemeinen Unterdrückung der Sozialleistungen den richtigen Ausweg aus der Krise gefunden zu haben.

Eine Welt von Feinden stürmt auf die Gewerkschaften ein und versucht dieses Bollwerk der arbeitenden Menschheit niederzureißen. Leider verlernen viele unserer Kollegen völlig den Ernst der Situation. Statt tatkräftig am Ausbau ihrer Gewerkschaft mitzuarbeiten, machen sie ihrem eigenen Verband Vorwürfe, weil derselbe angeblich dem Ansehen der Unternehmer gegenüber nicht die nötige Aktivität entfaltet habe. Sie selbst jedoch legen die Hände in den Schoß oder kehren gar der eigenen Organisation den Rücken.

Allen Kolleginnen und Kollegen erheben gerade in Krisenzeiten besondere gewerkschaftliche Pflichten. Der Ernst der Zeit stellt uns alle vor die zwingende Aufgabe, die bisherigen Erwerbschancen hochzuhalten. Darüber hinaus gilt es dafür zu sorgen, daß unsere Organisation nicht an Macht und Einfluß verliert. Man sollte annehmen, daß jeder Kollege, und sei er noch so rückständig, erkennen müßte, daß der Verband eine bedeutend größere Macht darstellen würde, wenn die vielen noch Fernstehenden sich ihrer Pflicht bewußt wären und dem Verband beitreten würden.

Wer draußen steht und nur die Tätigkeit der Gewerkschaften herunterreißt, arbeitet bewußt oder unbewußt immer im Dienst und im Interesse der Unternehmer.

Die Wirtschaftskrise und die allgemeine Arbeitslosigkeit sind auf die Mitgliederzahlen unseres Ver-

bandes nicht ohne Einfluß geblieben. Langarbeitslose haben versucht, anderswo unterzukommen. Verärgerte und Verzagte haben dem Verband den Rücken gekehrt.

Sollen wir das ruhig hinnehmen?

Nein! Wer den Einfluß unserer Organisation auf das Tarifwesen erkannt hat, wer da weiß, welchen Vorteil die sozialen Unterstützungseinrichtungen des Verbandes bieten, wer nicht will, daß wir alle bisherigen Erwerbschancen kampflös aufgeben sollen, der hat auch die Pflicht mitzuarbeiten am weiteren Ausbau des Verbandes.

Auch unsere Jugend dürfen wir nicht vergessen!

In der Juninummer des „Weggenossen“, der Jugendzeitschrift unseres Verbandes, fordert der Hauptvorstand zur Vorbereitung auf. In der Zeit der ärgsten Not gilt es alle Kräfte zusammenzufassen, um der arbeitenden Jugend zu helfen und sie dem Verband zuzuführen. Die Organisation ist ununterbrochen bemüht, die Interessen der Lehrlinge und jugendlichen Mitarbeiter zu vertreten und ihre Rechte zu wahren. Sie kann das nur mit Unterstützung der älteren Kollegen und Kolleginnen.

Wenn daher der Verbandsvorstand zur Vorbereitung für unsere Jugend auffordert, so richtet er sich dabei nicht nur an die Jungkollegen, sondern er erwartet darüber hinaus von allen Verbandsmitgliedern, daß sie dazu beitragen, auch noch die letzten uns zurzeit noch Fernstehenden unseren Jugendabteilungen zuzuführen.

„Das Deutsche Handwerksblatt“ berichtete, es seien Ende des Jahres 1929 in Deutschland 15 608 Sattler- und Tapeziererlehrlinge vorhanden gewesen. Dazu kommen noch etwa 1200 Lehrlinge aus der Lederwarenindustrie und außerdem Jugendliche in größerer Anzahl.

Ein ausreichendes Agitationsfeld wäre demnach schon vorhanden.

Aufgabe aller fähigen und willigen Kollegen muß es sein, diese Agitation zu fördern, damit dem Verband immer wieder neue Kräfte zugeführt werden.

Die zweite Lohnabbauwelle.

Die Folgen des Lohnabbaues kommen in der ungeheuren Steigerung der Arbeitslosigkeit und in dem Ausbleiben der saisonmäßigen Beschäftigung zum Ausdruck. Deutlicher als durch diese Tatsachen kann nicht bewiesen werden, daß der Lohnabbau ein Verhängnis war, das vermieden werden mußte. Die Gewerkschaften haben davor gewarnt, einbringlich und deutlich haben sie ihre Stimme dagegen erhaben, aber ohne Erfolg. Die Unternehmer sind verblissen auf den Lohnabbau, und die Reichsregierung hat ihnen den Gefallen getan und die Lohnsenkungsparole aufgegriffen.

Man sollte meinen, daß es jetzt doch genug ist und eine Umkehr eintreten muß, nachdem sich der Mißerfolg so deutlich zeigt. Doch die deutschen Unternehmer sind unbehörlich. Die eine Lohnabbauwelle genügt ihnen nicht, sie rufen nach der zweiten. Auf der Tagung des Reichsausschusses für Handel und Industrie erklärt Dr. Hugo: „In den Lohnverhältnissen sind wir noch nicht so weit wie es notwendig ist.“ Also ran an die Löhne und weiter abgebaut. Es ist der alte Klassenstandpunkt, den die Unternehmer vertreten, die Löhne sind ihnen immer zu

hoch, auch wenn schließlich nur noch ein kleines Taschengeld übrig bleibt.

Noch besser weiß es der „Arbeitgeber“, der „nach eingehender Berechnung“ feststellt, daß bei einem weiteren Lohnabbau gleich 1,9 Millionen Arbeitslose von der Straße verschwinden werden. „Wird die Lohnsenkung zusammen mit einer Steuer- und Lastensenkung von prozentual gleichem Ausmaße vorgenommen, so kann nach eingehender Berechnung von einer allgemeinen zehnprozentigen Lohnsenkung bereits unmittelbar durch Abschäftigung auf dem Inlandsmarkt eine Abnahme der Arbeitslosigkeit um etwa 1 900 000 erwartet werden.“ Das wäre ein Rezept, wie man die Arbeitslosigkeit beseitigen kann. Schade nur, daß die Gewerkschaften eine solche Pferdekur nicht mitmachen können. Es ist nämlich zu erwarten, daß dann nicht 1,9 Millionen Arbeitslose vom Arbeitsmarkt verschwinden werden, sondern daß noch einmal soviel hinzukommen. Die Preislenkung gehört nicht zu diesem Rezept, davon liest man nichts, sie steht außerhalb des Unternehmerprogramms.

Bei einer solchen Einstellung des deutschen Unternehmertums ist es natürlich sehr schwer, das Lohnniveau zu verteidigen. Da sie genau wissen, daß in der jetzigen Zeit — und es war in Krisenzeiten immer so — die Gewerkschaften den offenen Kampf kaum wagen können, gehen sie aufs Ganze. Sie möchten hereinholen, was möglich ist, denn die Zeiten werden sich ja auch einmal wieder ändern. Auch die Unternehmer rechnen damit, daher ihre Eile, mit der sie arbeiten.

Immerhin ist es bemerkenswert, daß selbst im Unternehmerlager einige Stimmen laut werden, die in dem weiteren Lohnabbau eine Katastrophe erblicken. Sie gehören nicht der Industrie an, wo man solche Einsicht vergeblich sucht, sondern dem Handel, der die Krise in ihrem vollen Umfange zu spüren bekommt. Die Konkurse im Handelsgewerbe haben im hohen Maße zugenommen, täglich brechen Geschäfte zusammen, die sich nicht mehr halten können. Deutlich zeigt sich hier die Richtigkeit der gewerkschaftlichen Lohntheorie. Die Masse kann nicht mehr kaufen, auch am Notwendigsten muß gespart werden. Die Mitgliederversammlung des Detailistenverbandes der Bekleidungsindustrie Groß-Berlin hat eine Protestresolution gegen den Lohnabbau beschlossen und sich damit an den Oberbürgermeister von Berlin und den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg gewandt. Es heißt darin: „Seit langer Zeit hat die Wirtschaftskrise einen Umfang angenommen, der den Einzelhandel in seinem Fortbestand arg bedroht. Durch Lohn- und Gehaltsabbau ist die Kaufkraft der breiten Massen lahmgelegt und der Einzelhandel dadurch derart geschwächt worden, daß er sich kaum wieder aufzuraffen vermag. Die von den Behörden in Aussicht genommene Gehaltskürzung der Kommunalbeamten und Angestellten der Stadt Berlin würde in ihrer Auswirkung dem Einzelhandel eine weitere schwere Schädigung zufügen, gegen die der Detailistenverband der Bekleidungsindustrie Groß-Berlin mit aller Entschiedenheit protestiert.“

Auch der Geschäftsbericht des Verbandes der Waren- und Kaufhäuser wendet sich gegen die Lohnsenkung. In kritischen Zeiten müssen auch die Warenhäuser auf die Reduzierung der Unkosten bedacht sein, aber, „Die Warenhäuser sehen im Gegensatz zu manchen anderen Wirtschaftskrisen das Heil nicht etwa in erster Linie in einem Personalabbau und Lohnverminderung. Denn der Einzelhandel im allgemeinen, ganz besonders aber die organisierten Betriebe des Einzelhandels, sind sich allzu klar über die Zusammenhänge zwischen Lohnniveau und allgemeiner Konsumkraft.“ Ein erheblicher Teil der Konsumkraft macht das „Arbeitseinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten aus. Deshalb bekommen die Betriebe, die ihren Absatz in den weiten Schichten der Bevölkerung suchen, die Minderung der Kaufkraft durch erhebliche Lohn- und Gehaltsreduzierungen auch am heftigsten zu spüren.“

Solche vernünftigen Gedanken stehen aber vereinzelt da. Das Unternehmertum ist reaktionär, es kennt nur Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung. Dabei hat der Lohnabbau ungeheuerliche Folgen gezeitigt. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, die Kaufkraft geschwächt, Not und Elend haben zugenommen. Allein im Jahre 1930 ist das Gesamteinkommen aus Lohn und Gehalt um 4 Milliarden Mark gesunken; in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres dürfte der Lohnausfall die gleiche Höhe erreicht haben. Die Folgen des Rückganges des Arbeitseinkommens sind ohne weiteres erklärlich. Es wird weniger gekauft, der Konsum geht zurück. Das ist ein Stimulus für Konjunkturforsehung ist der Meinung, daß der mengenmäßige Kleinhandelsabsatz infolge dieser Schwächung des Arbeitseinkommens ganz erheblich zurückgegangen ist. Dieser geringe Umsatz hat natürlich auf die Industrie zurückgegriffen, die zu neuen Arbeiterentlassungen geschritten ist. Eindeutiger

kann der Beweis nicht erbracht werden, daß die Senkung der Löhne und Gehälter sich verhängnisvoll auswirkt. Dadurch werden bestehende Arbeitsmöglichkeiten verstopft, Entlassungen finden statt, die Arbeitslosigkeit wird größer.

Ein zweiter Lohnabbau, der von verschiedenen Kreisen der Industrie empfohlen wird, würde zur weiteren Verschärfung der Krise beitragen. Reichsarbeitsminister Stegerwald hat sich gegen die „zweite allgemeine Lohnabbauwelle aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen“ ausgesprochen. Wir nehmen ihn beim Wort, und wollen hoffen, daß auch noch heute ein Ministerwort etwas gilt. Aber auch mit dem Lohnabbau für einzelne Industrien und Bezirke muß Schluss gemacht werden. Die Arbeiterchaft, die durch die Massenarbeitslosigkeit schon hart betroffen wird, kann einen weiteren Lohnabbau nicht mehr ertragen.

Die Gewerkschaften an die Reichsregierung.

Der Vorsitzende des ADGB, Kollege Leipart, hat im Auftrage des Bundesvorstandes des ADGB am 30. Mai einen Brief an den Reichskanzler Dr. Brüning gerichtet. In diesem Briefe wurde nochmals auf den Ernst der Situation hingewiesen und betont, daß sich die Regierung von der bisherigen Agrarpolitik abwenden müsse. Da der Brief eine Reihe wichtiger sozialpolitischer Forderungen der Gewerkschaften enthält, auf deren Erfüllung die organisierte Arbeiterchaft drängen muß, lassen wir den Inhalt dieses Schriftstückes folgen:

„Die Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes, die Sie in den Stunden der Entscheidung über die neue Notverordnung bewegt, wird auch von uns geteilt. Im Auftrage unseres Bundesvorstandes beehre ich mich daher, Ihnen nochmals kurz unsere Auffassung darzulegen. Die Maßnahmen der Regierung haben an dem Umfang der Arbeitslosigkeit nichts geändert. Der Lohnabbau hat die Krise verschärft. Er hat die Kaufkraft geschwächt, die Steuereinnahmen herabgesetzt und einen wesentlichen Teil des Defizits der öffentlichen Haushalte verurteilt. Was an Kaufkraft übrig blieb, wird von der Agrarpolitik aufgezehrt. Durch den Anstieg der Preise wichtiger Nahrungs- und Futtermittel auf das zwei- bis dreifache der Weltmarktpreise erhält die Großhandwirtschaft auf Kosten der fähigsten Bevölkerung eine Subvention, die den Ausgaben für die so oft ungenügend angerechnete Arbeitslosenversicherung gleichkommt. Es kann der Arbeiterchaft nicht zugemutet werden, diese Last weiter zu tragen. Aber sie ist bereit, eine namhafte Arbeitszeitverfugung auf sich zu nehmen, um die vorhandene Arbeitsgelegenheit mit den erwerbslosen Kollegen zu teilen. Die allgemeine gesetzliche 40-Stunden-Woche ist ein dringendes Erfordernis. Die Sozialversicherungs- und Versorgungsanstaltungen müssen erhalten bleiben. Die Sozialversicherung ist durch die Reserveentwertung infolge der Inflation sowie durch die Mindereinnahmen und Mehrausgaben infolge der Krise gefährdet. Sie muß gesichert werden. Insbesondere muß die Versorgung der Arbeitslosen in ihrem bisherigen Ausmaß bestehen bleiben. Die zusätzliche Finanzierung muß aus Mitteln des Reiches ermöglicht werden, gegebenenfalls mit Hilfe derjenigen, die infolge ihrer Stellung oder ihres Einkommens von den Gefahren der Arbeitslosigkeit verschont bleiben. Die Steuerlasten sind gewiß eine schwere

Bürde geworden, aber der Staat muß gerade in Zeiten der Not seine sozialen Verpflichtungen gegen die ärmsten Schichten des Volkes mit allen Mitteln erfüllen. Zu diesem Zwecke müssen Vermögen und höhere Einkommen vorrangig in Anspruch genommen werden, zum Beispiel durch weitere Zuschläge zur Einkommen-, Vermögens-, Erbschafts- und Aufsichtsratssteuer. Die Regierung muß ferner jede Möglichkeit für die Aufnahme von Auslandsanleihen wahrnehmen, damit die öffentliche Verwaltung die Mittel für umfassende Arbeitsbeschaffung erhält.

Die bevorstehende Notverordnung muß von folgenden Begehrten beherrscht sein:

1. Behebung der Kaufkraft, Abkehr von der gegenwärtigen Agrarpolitik.
2. Erhaltung der Sozialversicherungs- und Versorgungsleistungen, Besteuerung der Leistungsfähigen.
3. Entlastung des Arbeitsmarktes, Einführung der 40-Stunden-Woche.

Ohne Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte und ohne gleichzeitigen Verzicht auf weiteren Lohnabbau wird die dringend notwendige soziale und politische Entspannung und der erhoffte Auftrieb der Wirtschaft nicht eintreten.“

Wege zur Rettung der Arbeitslosenversicherung.

Die außerordentliche Steigerung der Arbeitslosigkeit führte zu einem gewissen Defizit der Einrichtungen, die die Arbeitslosen zu betreuen haben, sowohl durch erhöhte Aufwendungen für die Arbeitslosen, wie durch den Rückgang der Beitrags- und Steuereinnahmen. Der Gesamtbeitrag der Reichsanstalt, des Reiches und der Gemeinden aus der Versorgung der Arbeitslosen dürfte im laufenden Jahre etwa 640 bis 700 Millionen RM. betragen, wie aus der Schätzung von Bruno Broder hervorgeht, der im Maßstab der „Arbeit“ vom Standpunkt der freien Gewerkschaften die Frage der Sanierung der Arbeitslosenversicherung behandelt. Von diesem Fehlbetrag entfallen auf Reichsanstalt und Reich (Arbeitslosenversicherung und vier Fünftel der Gesamtaufwendungen der Krisenfürsorge) 343 bis 407 Millionen RM., auf die Gemeinden, die Träger der Wohlfahrtsfürsorge, 300 Millionen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Gemeinden bereits für das vergangene Jahr 1930 ein Haushaltsdefizit von 420 bis 450 Millionen RM. errechneten. So ist die Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu einer unabwendbaren Notwendigkeit geworden. Man muß den Trägern der Arbeitslosenversicherung die Mittel für die Befreiung ihrer Ausgaben zur Verfügung stellen. Die Sanierung durch Abbau der Leistungen, — Verlängerung der Anwartschaft, Verkürzung der Unterhaltungsdauer, Beschränkung der Unterhaltungsgröße, — ist nicht nur sozial untragbar, sie führt zwangsläufig zu einer stärkeren Belastung der Fürsorgeeinrichtungen und kann daher das Defizit nicht verschwinden lassen, da die Lasten nur von der Reichsanstalt und vom Reich auf die Gemeinden verlagert werden. Mit überzeugenden Argumenten wurde des weiteren dargelegt, daß die Einkürzung des Kreises der versicherten Personen, die Herausnahme einzelner Berufs-, — Saisonarbeiter, Hausgewerbetreibende, Heimarbeiter, — oder sonstiger bestimmter Personenteile, wie jugendliche und alte Personen über 60 Jahre, vollkommen ungerechtfertigt

ist, ebenso die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung und die Einführung von Gefahrenklassen und die Zulassung von gewerkschaftlichen Erzielungsklassen. Noch schlimmer ist der Antrag der Reichsanstalt das Selbstbestimmungsrecht zur Regelung ihrer Einnahmen und Ausgaben zu geben, mit deren Hilfe die Reichsanstalt die Kosten der Versorgung der Arbeitslosen auf die öffentliche Hand (Krisen- oder Wohlfahrtsfürsorge) jeweils verteilen könnte.

So abwegig diese Lösungspläne sind, so vielen auf der anderen Seite die freien Gewerkschaften den Weg zu einer Reform der Versorgung der Arbeitslosen, die die sozialen und finanziellen Gefahren und Unzulänglichkeiten jener Pläne vermeidet und die Sanierung der Arbeitslosenversorgung ermöglicht. Die Reform in der Arbeitslosenversicherung kann allein von der Einnahmeseite her erfolgen. Eine Beitragserhöhung von 1 Proz., die zwar das Lohn-einkommen weiter belasten würde, in der gegenwärtigen schweren Lage jedoch vertretbar werden kann, könnte eine Mehreinnahme von 160 Millionen RM. bringen. Die Aufhebung der jetzigen Beitragspflichtgrenze von 70 RM. pro Woche bzw. 300 RM. pro Monat, des weiteren der Versicherungsgrenze der Angestellten mit einem Einkommen über 8400 RM. würde eine Mehreinnahme bringen, die kaum unter 100 Millionen RM. liegen dürfte. Statt der Erhebung des Beitrages nach Grundlöhnen oder Mitglieder-löhnen müßten die Beiträge nach dem tatsächlichen Arbeitsverdienst berechnet werden. Die Befreiung der größeren Gruppen von landwirtschaftlichen Arbeitnehmern von der Versicherungspflicht, wie sie heute vorliegt, ist völlig ungerechtfertigt. Die restliche Aufhebung dieser Befreiung würde eine nicht unerhebliche Mehreinnahme bringen. Diese Maßnahmen würden das Defizit der Reichsanstalt beseitigen. Allerdings ist damit das Problem der Krisenfürsorge und der kommunalen Fürsorge nicht gelöst. Hier ist zunächst die organisatorische Zusammenlegung von Krisenfürsorge und kommunaler Fürsorge erforderlich. Für die Finanzierung dieses Defizits müßten von der gesamten Bevölkerung die größten persönlichen Opfer übernommen werden.

Wie aus den bisherigen Meldungen hervorgeht, hat die Regierung die hier ausgezeichneten Wege der Sanierung der Arbeitslosenversorgung nicht befolgt, vielmehr hat sie den reaktionären Weg des Abbaus der Arbeitslosenversicherung eingeschlagen. Die Verlängerung der Wartzeit, die Verkürzung der Unterhaltungs- und die Herausnahme der Jugendlichen und der Landarbeiter, sind sämtlich Verschlechterungen, die das Schicksal der Erwerbslosen noch unerträglicher machen ohne die Finanzierung der Erwerbslosenversorgung zu sichern, da diese Maßnahmen sämtlich die Lasten der Wohlfahrtsfürsorge erhöhen. Will aber die Gemeinden, die bereits ein gewaltiges Defizit haben, ihre außerordentlich erhöhten Aufwendungen für die Wohlfahrtsversorgung betreiben lassen, bleibt auch nach den Maßnahmen der neuen Notverordnung ein Geheimnis. Die Mittel, die den Gemeinden aus Kürzung der kommunalen Gehälter und aus dem Ertrag der Lohnsteuer überweisen werden sollen, sind angesichts des gewaltigen Finanzbedarfs für die Versorgung der Erwerbslosen ein Tropfen auf den heißen Stein. So treibt die Regierung, statt einer wirklichen Sanierung der Arbeitslosenversorgung, die Erwerbslosen, deren Schicksal um so unerträglicher wird, je länger ihre Arbeitslosigkeit dauert, in die letzte Verzweiflung.

Das Lebensschicksal der Kriegerhinterbliebenen.

Von Maria Harnok.

Das Schicksal der Kriegerhinterbliebenen ist unter den vielen harten Lebensschicksalen, an denen unsere Zeit so reich ist, fast vergessen. Vergessen sind die Massen, deren Schicksal das deutsche Volk mittragen wollte, weil man damals, in der Stunde der Gefahr, in Dankbarkeit das Opfer für den Schutz und die Sicherheit der Allgemeinheit anerkannte. Schnell vergessen sind die Familien, die durch dieses Opfer in bittere seelische und wirtschaftliche Not gekommen sind.

600 000 Kriegervwitwen und 1 Million Kriegervwaisen! Das sind Familien, die durch den Krieg ganz besonders heimgeleitet wurden. Wer fragt aber heute noch nach dem Lebensschicksal der Kriegerhinterbliebenen? Allgemein ist man der Auffassung, daß es diesen Familien eigentlich gut geht. Man kann sogar häufig hören, daß der Staat die Kriegervwitwen sehr gut versorge.

Wie ist denn nun aber das Lebensschicksal der Kriegerhinterbliebenen wirklich? In Deutschland leben heute noch 375 000 Kriegervwitwen. Die meisten von ihnen standen auf der Höhe des Lebens, viele waren erst kurze Zeit verheiratet als der Krieg ausbrach. Die wirtschaftliche Sicherheit der Familien war durch den Beruf des Ehemannes gegeben, die Kinder wuchsen in geliebten Verhältnissen heran.

Aus dieser gelicherten Existenz, aus diesem Arbeiten für das Wohl der Familie riß der Krieg die Familien heraus. Die Frauen blieben mit ihren Kindern in bitterer Not zurück. Von dem Augen-

blick an, da der Mann dem Rufe an die Front folgte, um für die Sicherheit der Heimat zu kämpfen, begann für die Familie der Kampf mit der Entbehrung. Das Ende des Krieges brachte denjenigen, die ihre Männer geopfert hatten, kein Ausruhen. Sie erlebten noch einmal und noch bitterer den schweren Verlust; der Lebenskamerad, der Vater der Kinder, lehrte nicht wieder. Damit kam zur materiellen Not für die Witwe die Einkamtheit, die sich immer mehr verstärkte, je weniger in unserem Volk Verständnis für ihre Not vorhanden ist.

Eine Versorgung von rund 37 RM. Rente in Ostklasse B und 34 RM. Zusatzrente, die jederzeit entzogen werden kann und nur bei Bedürftigkeit gezahlt wird, kann wirklich nicht als Ergänzungsmittel einer Witwe angesehen werden.

Ob wohl alle diejenigen, die glauben, daß die Kriegervwitwen gut versorgt seien, um diese Versorgung Lebensgrundlage, Sicherheit, Gemeinsamkeit und volles Frauenantum hingeben möchten?

621 000 Kriegervwaisen entstehen die fährende Hand des Vaters. Sie haben den Wunsch, durch ihre Arbeit ihre Zukunft selbst zu sichern. Die meisten dieser Waisen stehen in der Berufsausbildung. Not und Entbehrung haben sie zusammen mit der Mutter getragen. Sie sehen, wie die Mutter, die ihnen die Heimat erhalten hat, sich aufopfert, um ihre Zukunft zu sichern. Nach der Vollendung ihrer Berufsausbildung sind sie in den meisten Fällen arbeitslos. So bietet sich ihnen nach der freudlosen Jugend auch nicht einmal eine freundliche Zukunft oder auch nur die Aussicht auf ein einigermaßen gesichertes Leben. Das Einkommen der Mutter reicht kaum zum eigenen Lebensunterhalt. Soweit die Waisen aber Einkom-

men haben, sind sie verpflichtet, für ihre Mutter zu sorgen, da dann die Rente getürzt wird. Wie sollen aus diesen Massen freudige Staatsbürger werden, wenn man so wenig für die Zukunft dieser Kinder tut. Die Renten sind seit 1925 kaum erhöht, Weibchen, besonders auch Erzielungsbeihilfen, sind abgebaut oder stark eingeschränkt.

Auch das Schicksal der 366 462 Kriegervwaisen steht unter dem furchtbaren Verlust, den sie für die Sicherheit des Vaterlandes erlitten haben. Welcher Vater, welche Mutter könnte vergessen, daß der Sohn vielleicht unter furchtbaren Schmerzen fern von ihnen den Tod erdulden mußte oder daß er gar als vermißt gemeldet wurde? Noch heute brennen diese Wunden in den Herzen der Eltern. Auch die geringe materielle Unterstützung kann diese Wunden nicht heilen. Werden aber die Eltern, denen durch die scharfen Festbestimmungen des RWG jede Möglichkeit auf eine materielle Unterstützung genommen ist, jemals verstehen können, daß sie für den Verlust ihrer Söhne von dem Staat nichts erhalten, weil man für ihr Schicksal kein Verständnis mehr hat? Ist wirklich die Not in Deutschland so groß, daß man diejenigen nicht mehr verlassen kann, die das größte Opfer für den Schutz des Staates und für den Schutz der Eigentums der Staatsbürger gebracht haben?

Es lohnt sich, einmal darüber nachzudenken, wie sich das Lebensschicksal der Kriegerhinterbliebenen weiter gestalten soll. Das mindeste, was man verlangen kann, ist wohl eine gesicherte Existenz darüber hinaus aber Verständnis für die gebrauchten Opfer, damit die Einkamtheit und damit auch die Härte der Kriegerhinterbliebenen das dargebrachte Opfer nicht noch schwerer mache, als es ja schon zu tragen ist.

Rückgang der Eheschließungen und Geburten.

Der Rückgang der Heiratshäufigkeit, der schon im dritten Vierteljahr 1930 in beträchtlicher Stärke einsetzte, hat sich gegen Ende des Jahres noch verstärkt. Im vierten Quartal 1930 heirateten rund 18 100 Paare weniger als im vierten Quartal 1929 gegenüber einer Abnahme der Eheschließungszahl im dritten Vierteljahr um 13 600. In der zweiten Hälfte des Jahres wurden demnach insgesamt 32 000 Ehen weniger geschlossen als in der gleichen Zeit des Vorjahres, das bedeutet — auf ein ganzes Jahr umgerechnet — eine Abnahme von rund 64 000 Eheschließungen oder 1,0 auf 1000 der Bevölkerung.

Die Zahl der Lebendgeborenen war im Jahre 1930 wieder um 20 630 niedriger als im Vorjahr. Auf 1000 der Bevölkerung entfielen daher nur noch 17,5 Lebendgeborene gegenüber 17,9 im Jahre 1929 und 18,6 im Jahre 1928. Von 1000 verheirateten Frauen im gebärfähigen Alter wurden im Jahre 1930 nur 118,9 eheliche Kinder geboren, das sind 3,5 auf 1000 weniger als in dem in wirtschaftlicher Beziehung günstigeren Jahre 1928. Bei den günstigen Gesundheitsverhältnissen im Jahre 1930 hat die Sterblichkeit an fast allen Todesursachen mehr oder weniger stark abgenommen.

Norwegen gegen Einfuhr deutscher Postermöbel.

Die „Hofarbeiter-Zeitung“ meldet, führt gegenwärtig der Verband norwegischer Möbelfabrikanten einen Feldzug gegen ausländische Möbel. Von 1924 bis 1930 seien für 5 Millionen Kronen Möbel eingeführt worden. „Wenn diese Einfuhr nicht gewesen wäre, hätten weitere 700 norwegische Möbelfabrikanten dauernde und lohnende Beschäftigung gehabt.“ Der Grund für die überhandnehmende Möbelleinfuhr liege in der Abhängigkeit der norwegischen Importeure von den ausländischen Möbelfabrikanten, hervorgerufen durch ein weitverbreitetes Abschlagsystem. Durch die starke Möbelleinfuhr werde nicht nur die norwegische Möbeldindustrie schwer geschädigt, sondern auch das Publikum, denn die eingeführten Möbel seien von schlechtester Qualität. Dieser Angriff richtet sich wohl hauptsächlich gegen die belgische und polnische Möbelleinfuhr. Deutschland führt nach Norwegen wenig Möbel aus; im Jahre 1930 war unsere Ausfuhr nach diesem wesentlich kleiner als in den vorhergehenden Jahren. Nur für die Postermöbelindustrie hat der norwegische Markt einige Bedeutung und wird in den Beschäftigungen der Norweger auch auf die „große Einfuhr deutscher Postermöbel“ hingewiesen. Leider haben die norwegischen Möbelfabrikanten es unterlassen, ihre Angriffe zahlenmäßig zu belegen, es würde sich sonst herausstellen, daß ihre Angaben auf sehr schwachen Füßen stehen.

Kombination von Leder- und Schuhfabrik.

Die Frage nach der Zusammenlegung von Lederfabrik und Schuhfabrik ist schon oft in Interessentenkreisen behandelt worden. Wenn besonders in Deutschland dieses Problem keine nennenswerte praktische Bewirtlichung fand, so liegt dies an den großen Schwierigkeiten, die der Durchführung solcher Pläne gegenüberstehen. In einer Doktorarbeit aus dem Jahre 1928, welche die „Probleme der Schuhindustrie“ behandelte, wird in treffender Weise auf diese Schwierigkeiten hingewiesen. Der Verfasser führte aus:

„Von besonderem Interesse ist die Frage der Kombination von Lederfabrik und Schuhfabrik. Der Gedanke, das von ihnen gebrachte Leder selbst herzustellen, ist an sich für die Schuhfabriken zweifellos vorteilhaft, hat aber trotzdem in Deutschland keine praktische Verwirklichung von nennenswerter Bedeutung gefunden. Dies liegt an verschiedenen Ursachen. Zunächst stellt sich einer Verbindung von Lederfabrik und Schuhfabrik die Schwierigkeit entgegen, daß eine Schuhfabrik wegen der bis jetzt noch nicht genügend durchgeführten Spezialisierung der Produktion eine due zu große Mannigfaltigkeit des Leders benötigt.“

Aber auch bei weitestgehender Spezialisierung sind zur Herstellung eines Schuhs jetzt zwei Arten von Leder, nämlich Oberleder und Bodenleder erforderlich, deren Verarbeitungsart ganz verschieden ist, so daß die Schuhfabrik, sofern sie ihren gesamten Lederbedarf selbst erzeugen wollte, zumindest sich zwei Werkereien anschließen müßte. Hinzu kommt, daß die Produktionskapazität einer Lederfabrik den Lederbedarf einer Schuhfabrik weit übersteigt, und zwar ist das Verhältnis ungefähr 10, daß eine Lederfabrik in der Lage ist, etwa zwölf Schuhfabriken derselben Größe, gemessen an der Zahl der Arbeiter, zu versorgen.“

Im Gegensatz zu Deutschland ist in Amerika die Verbindung von Lederherstellung und Schuhfabrika-

tion mehrfach anzutreffen. In allen diesen Fällen sind aber die für einen solchen Zusammenbruch notwendigen Voraussetzungen gegeben, nämlich: großer Lederbedarf und Produktionspezialisierung der Schuhfabrik.“

Zu bemerken wäre noch, daß sich ja auch schon die Häuterverwertungs-Vereinigung (Fleischer) mit dem Gedanken befassen, ihr Gefelle in eigenen Lederfabriken zu verarbeiten. Auch diese sind jedoch stets wieder aus guten Gründen von solchen Plänen abgerückt. („Lederarbeiterzeitung.“)

Der Weltmarkt im Jahre 1930.

Die Zahlen über den Weltmarkt, die in dem ersten Heft von „Wirtschaft und Statistik“ bis Ende des Jahres 1930 fortgeführt werden, werfen auf die Weltwirtschaftsstrife ein scharfes Licht. Es zeigt sich, daß der Weltmarkt im Jahre 1930 um 19,6 Proz. das heißt ungefähr um ein Fünftel, gegenüber dem Vorjahr abgenommen hat. Allerdings bezieht sich diese Zahl nur auf den Wert der umgesetzten Güter, die Abnahme ist also in erster Linie durch den starken Preisrückgang verursacht; nimmt man diesen mit 10 bis 12 Proz. an, so verbleibt aber noch immer ein 7- bis 9prozentiger Rückgang, auch was die Mengen des Weltmarktes betrifft. Besonders aufschlußreich sind die Beschreibungen, die die Krise der Rohstoffmärkte, insbesondere die Agrarkrise verursacht hat. Der Zusammenbruch der Rohstoffpreise kam vor allem Europa zugute. Die Postleitfähigkeit der europäischen Handelsbilanz hat sich wesentlich vermindert, um 14,3 Proz., weil die Einfuhrgüter für Europa stärker im Preis gesunken sind als die Ausfuhrgüter. Nicht zuletzt wurde das durch die starke Attibierung der deutschen Handelsbilanz, die im vergangenen Jahr allein um 1,28 Milliarden Mark zugenommen hat, verursacht. Im ganzen ergibt sich, daß der Umsatz von den 25 europäischen Ländern nur um 14 Proz. zurückgegangen ist gegenüber dem 26prozentigen Rückgang der außereuropäischen Länder. Der steigende Anteil Europas am Weltmarkt hat sich also auch im Jahre 1931 fortgesetzt. Eine beachtenswerte Sonderbewegung zeigt der Handel von Rußland, das (außer Litauen) als einziges Land sowohl seine Ausfuhr wie seine Einfuhr erheblich zu steigern vermochte. Das konnte durch die starke Förderung der Ausfuhr von Getreide, Holz und Nahrungsmitteln erreicht werden, die sich dann in eine gesteigerte Einfuhr von Produktionsmitteln umgesetzt hat. Besonders hervorzuheben ist, daß der Aufschwung, der immer im letzten Jahresviertel stattzufinden pflegt, im Jahre 1930 vollkommen ausgeblieben ist. Daraus ergibt sich auch für die Fortentwicklung des Weltmarktes und der Wirtschaftskontunktur überhaupt kein allzu günstiges Bild.

Sind die Angriffe auf den Wohnungsbau berechtigt?

Das zweite Gutachten der Brauns-Kommission zur Arbeitslosenfrage, das für die Anfortsetzung der Konjunktur einen Arbeitsbeschäftigungsplan für die öffentliche Wirtschaft aufstellt, empfiehlt ersichtlichweise die stärkere Förderung auch des Wohnungsbaues durch Unterstützung aus öffentlichen Mitteln. Die Kommission hält das für um so mehr angezeigt, als der Rückgang der Industriebauten und der Bautätigkeit für öffentliche Zwecke ohnehin zu einer so starken Steigerung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe führt, daß alles getan werden muß, um diese Steigerung in auch nur einigermaßen erträglichen Grenzen zu halten. Auch die konjunkturanregende Wirkung des Wohnungsbaues wird von der Gutachterkommission anerkannt.

Trotzdem wollen die grundsätzlichen Angriffe gegen den Wohnungsbau, die sich nicht allein auf die Kritik der Uberteuering des Wohnungsbaues durch hohe Baupreispreise und Baugeldzinsen beziehen, sondern die Berechtigung der Wohnbautätigkeit im erfolgten Umfang grundsätzlich verneinen, nicht verstummen. Zuletzt rückte der Sachverständige des Geld- und Bankwesens Prof. Hahn (in der Zeitschrift „Deutscher Volkswirt“) Angriffe auf die Wohnungswirtschaft, die von ihm als eine schwere Kapitalfehlleitung bezeichnet wird. Auf der einen Seite wird behauptet, daß die dem Wohnungsbau zugeführten Kapitalien an anderen Stellen volkswirtschaftlich nützlicher hätten verwendet werden können, andererseits wird auch das Vorhandensein eines Wohnungsbedarfes in dem Umfang, wie es in den vorhandenen Darstellungen und Statistiken gewöhnlich hingestellt wird, auch für die Vergangenheit geeignet und nur das Bestehen eines Wohnungsbedarfes für Kleinstwohnungen zu gegeben.

Die Statistik über die Kapitalbildung in Deutschland seit der Stabilisierung und über die Auslandsverschuldung sollen den Beweis dafür liefern, daß im Wohnungsbau ein verhältnismäßig zu großer Anteil der nationalen Kapitalbildung angelegt wurde,

und daß die außerordentlich hohe Auslandsverschuldung vornehmlich die Folge dieser Bautätigkeit sei. So beziffert Prof. Hahn die deutsche Kapitalbildung in den Jahren 1925 bis 1930 auf 42,8 Milliarden Mark, wovon 16,68 Milliarden, d. h. etwa 39 Prozent der gesamten Kapitalbildung für Wohnungsbauzwecke in Anspruch genommen wurden und will nachweisen, daß die Auslandsverschuldung von 26 bis 27 Milliarden Mark Ende 1930 62 Prozent der Anlagen im Wohnungsbau ausmacht. Kein zahlenmäßig ist zu diesen Angaben zunächst zu sagen, daß während die Anlagen im Wohnungsbau in voller Größe eingestellt wurden, die gesamte volkswirtschaftliche Kapitalbildung in den obigen Zahlen wesentlich unterschätzt, die Auslandsverschuldung dagegen um 9 bis 11 Milliarden höher angesetzt wurde, da die deutschen Anlagen im Ausland in dieser Höhe nicht in Abzug gebracht sind. Für die Beurteilung der Frage, ob durch die Wohnbautätigkeit die Kapitalien grundsätzlich falsch verwendet und der Kapitalbildung für die Herstellung von Produktionsmitteln entzogen wurden, werden wichtige Momente nicht berücksichtigt.

Vom Aufwand für den Wohnungsbau in Höhe von 16 Milliarden wurden 8,6 Milliarden Mark aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt. Davon stößt mehr als die Hälfte aus der Hauszinssteuer. Die Behauptung, jene Summen würden anderen Anlagen entzogen, trifft nicht zu, da die aus öffentlichen Mitteln bereitgestellten Beträge zu einem großen Teil dem unmittelbaren Verbrauch und nicht der Kapitalbildung entzogen wurden. Jene Steuermittel dienen gewissermaßen als Zwangspartasse für Wohnungsbau. Weiterhin muß die Entlastung des Arbeitsmarktes durch den Wohnungsbau in den vergangenen Jahren in Rechnung gestellt werden. Trotz der Rationalisierungskonjunktur bis einschließlic 1929, war die deutsche Industrie und noch viel weniger die deutsche Landwirtschaft in der Lage, die neu auf dem Arbeitsmarkt auftretenden Arbeitskräfte zu beschäftigen, ja es ging die Zahl der Industriearbeiter in dieser Zeit noch zurück. Hätte das Baugewerbe und insbesondere die Wohnungsbautätigkeit nicht einen erheblichen Teil der Erwerbsuchenden Beschäftigung geboten, so wäre die Arbeitslosigkeit schon in einem früheren Zeitpunkt und in noch größerem Umfang aufgetreten als sie durch den Abschwung der Rationalisierungsperiode und die Schwierigkeiten der Baufinanzierung später in Erscheinung trat. — Schließlich besteht auch die wohl begründete Möglichkeit, daß bei einer anderweitigen Verwendung der Kapitalien als im Wohnungsbau die Ueberdimensionierung von manchen Industriezweigen infolge von Kapitalfestsetzungen noch größer, die Arbeitslosigkeit noch erheblicher geworden wären. Das von Hahn und anderen in den Vordergrund gestellte Argument, daß für die richtige Kapitalverwendung Anlagen mit kurzer Umschlagsperiode vorgesehen werden sollen, während das im Wohnungsbau angelegte Kapital eine außerordentlich lange Umschlagsperiode aufweist, ist soweit unzulänglich, als die Ertragsfähigkeit der Anlagen, die mit Kapitalien mit kürzerer Umschlagszeit hergestellt wurden, nicht immer gesichert ist. — Die kapitalbildende Kraft der höheren Arbeitsleistung dank gesünderer Wohnungen spielt leider bei allen diesen Betrachtungen über die „Kapitalverschwendung“ durch Wohnungsbau ebenfalls keine Rolle.

Ebenso wenig begründet sind die Angriffe gegen den Wohnungsbau aus dem Gesichtspunkt der Wohnungsnachfrage. Ende 1930 noch standen rund 16 200 000 Wohnungen rund 16 900 000 Haushaltungen gegenüber. Berücksichtigt man noch die große Zahl der baufälligen, gesundheitschädlichen Wohnungen, so ist der wirkliche Wohnungsbedarf noch viel größer. Allein in Berlin sind noch mehr als 11 000 Haushaltungen in Baracken und Behelfswohnungen untergebracht, mehr als 7000 Familien in sofort abbruchreifen Vorkriegswohnungen; mehr als 26 000 Familien leben noch in den Vorkriegswohnungen, die in den nächsten 10 Jahren unter allen Umständen abgebrochen werden müssen. — Die Rotverordnungen der Regierung Brünning will die Wohnungswirtschaft in wenigen Jahren abbauen. Auch diese Ansicht, so anschaubar sie auch unter sozialpolitischen Gesichtspunkten sein mag, erfordert zur Zeit die verstärkte Herstellung billiger Wohnungen, wenn die Abbau der Zwangswirtschaft die Angleichung der Mieten in den Neu- und den Altmietungen nicht zur starken Steigerung der Mieten führen soll. Was endlich den Vorwurf betrifft, daß allein Kleinstwohnungen mit äußerster Beschränkung der Wohnfläche (im Sinne der Rotverordnung) hätten gebaut werden sollen, stehen dem gewichtigen bevölkerungspolitische und gesundheitsliche Bedenken entgegen. Der Zwang der Lage hat indessen dazu geführt, daß heute überwiegend Kleinstwohnungen gebaut werden. Daraus kann jedoch nicht abgeleitet werden, daß der Bau größerer Wohnungen in der Vergangenheit verfehlte Wohnungsbaupolitik gewesen war, wenn auch zugegeben werden soll, daß auch schon in früheren Jahren eine stärkere Berücksichtigung der Kleinwohnung, wie sie von uns stets gefordert wurde, angebracht gewesen wäre.

Allgemeinverbindlichkeitserklärung.

Der am 1. April 1931 abgeschlossene Lohnsatz für die Ledermwaren-, Reise- und Sportartikelindustrie ist für den Bezirk Ostbavarn (begrenzt durch eine Linie von Riefa im Norden und Sanda im Süden, beide Orte und Freiberg ausgeschlossen) durch Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 28. Mai 1931 für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung ist eingetragen am 30. Mai 1931 auf Blatt 8171 lfd. Nr. 8 des Tarifregisters mit Wirkung vom 1. Mai 1931.

Zum Lohnabbau Verteuerung der Lebenshaltungskosten.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) hat nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Mai mit 137,3 gegenüber 137,2 im Vormonat leicht angezogen.

Die Indexziffer für Ernährung ist um 0,5 Proz. auf 129,9 gestiegen; die Indexziffer für Wohnung ist mit 131,6 unverändert geblieben. Zurückgegangen sind die Indexziffern für Heizung und Beleuchtung um 2,3 Proz. auf 145,8, für Bekleidung um 0,8 Proz. auf 140,4, für „sonstigen Bedarf“ um 0,1 Proz. auf 184,9.

In der Gruppe Ernährung wurden Preissteigerungen für Kartoffeln und Gemüse sowie für Brot und Mehl durch Preisrückgänge für Fleisch und Fleischwaren, Milch und Butter sowie Eier nur zum Teil ausgeglichen. In der Indexziffer für Heizung und Beleuchtung haben sich die Sommererabatte für Heizstoffe weiter ausgewirkt.

Starker Rückgang des Steuereinkommens aus dem Spiritusmonopol.

Nach den soeben veröffentlichten amtlichen Zahlen über die Steuereinnahmen des Reiches im Rechnungsjahr 1930/1931 weisen die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol ein Minus von 83,4 Millionen Mark gegenüber dem Voranschlag auf. Es sind nämlich nur 211,6 Millionen Mark aufgetommen gegen eine Sollennahme von 295 Millionen Mark. Es zeigt sich hier in aller Deutlichkeit, wie überaus empfindlich der Konsum einer Lebererkrankung der Steuerzahler gegenüber reagiert, besonders wenn es sich, wie in diesem Falle, um ein Genussmittel handelt. — Wie scharf der Einnahmerückgang aus dem Spiritusmonopol sich ausgewirkt hat, zeigt ein Vergleich mit dem Aufkommen aus dem Spiritusmonopol gegenüber den vorangegangenen Rechnungsjahren:

1928/27	stellte sich der Ertrag auf	227,2	Mill. M.
1927/28		291,0	" "
1928/29	(dem Jahre der Steuererhöhung und der infolgedessen getätigten starken Eindeckungsäufe) auf	297,0	" "
1929/30	fiel der Ertrag auf	271,4	" "
um im letzten Jahre 1930/31	auf	211,6	" "

(Der niedrigsten Zahl im angegebenen Zeitraum) herabzusinken.

Inzwischen zeigen die Ausweise der Reichsmonopolverwaltung über den Absatz von Trinkbranntwein, daß die rückläufige Bewegung des Absatzes noch keineswegs zum Stillstand gekommen ist, und aller Wahrscheinlichkeit nach, falls keine grundlegenden Änderungen eintreten, noch weiter anhalten wird.

Unterstützung der Nationalsozialisten durch die Schwerindustrie.

Nach Berichten geht es dem Bergbau und der Schwerindustrie seit längerer Zeit sehr schlecht. Dennoch haben sie Mittel, um eine bestimmte Partei, die der Nationalsozialisten, zu unterstützen. Die „Rheinische Zeitung“ in Köln bringt die Nachricht, daß der Bergbauverein, die Spitzenorganisation des Ruhrbergbaues, der nationalsozialistischen Parteileitung eine halbe Million zur Verfügung gestellt habe. Nach der gleichen Quelle soll der Betrag im Umgekehrten nach einer bestimmten Verrechnungsmethode auf die angeschlossenen Fachen verteilt werden. Wir müssen die Verantwortung über die Richtigkeit der Meldung der „Rheinischen Zeitung“ überlassen. Festzustehen scheint aber, daß die Schwerindustrie die Nationalsozialisten schon seit längerer Zeit finanziell unterstützt. Dazu scheint das Geld vorhanden zu sein. In dem gleichen Atemzug wird aber der Gedanke erweckt, wie durch weitere Lohnrückführungen den Werken Mittel erhalten bleiben sollen. Den schwer arbeitenden Menschen im Bergbau wird der Lohn ge-

Richard Grubbe †

Am 28. Mai starb nach langer schwerer Krankheit der Gründer und langjährige Vorsitzende der Verwaltungskasse Brandenburg a. d. S., unser lieber Kollege Richard Grubbe im Alter von beinahe 67 Jahren. Richard Grubbe hat sich frühzeitig der Arbeiterbewegung angeschlossen. Im Jahre 1889 trat er dem neu gegründeten Sattlerverband bei und hat in mehr als vier Jahrzehnten seiner Organisation unermüdet die Treue gewahrt. Er besaß das Vertrauen seiner Arbeitskollegen im hohen Maße und wurde von ihnen oft zu Verhandlungen und Verbandslagen delegiert. Noch auf dem Jubiläumsvorstandstag, der vor zwei Jahren in Dresden stattfand, war der Alte als Delegierter anwesend und niemand hätte geglaubt, daß der damals noch so Frische und Gefunde so schnell von uns gehen werde. Kollege Grubbe hat auch sonst der Arbeiterbewegung auf den mannigfaltigsten Gebieten große Dienste geleistet. Mit ihm ist einer von der alten Garde dahingegangen, deren ganzer Lebensinhalt dem Aufstieg und Sieg der Arbeiterbewegung gewidmet war. Wir werden dem treuen, braven Kämpfer stets ein ehrendes Gedächtnis bewahren.

kürzt, und die so ersparten Beträge werden den nationalsozialistischen Bonzen in den Hals geworfen, damit sie demagogische Agitation mit verstärkten Kräften fortführen können. Den Schwerindustriellen kommt es in erster Linie darauf an, die Arbeiterbewegung zu schwächen. Dies hofft man durch die Unterstützung der Nationalsozialisten zu erreichen. Hoffentlich merken die Arbeiter und Angestellten, die der Hitler-Partei nachlaufen, was hier gespielt wird.

Rundschau

Konzentration in der Autoindustrie. In der Automobilindustrie hat die Daimler-Benz-A.G. die Automobilfabrik Waldemar Dittmann in Weimar mit Zweigstellen in Erfurt, Koburg und Gera erworben, um in Weimar eine eigene Niederlassung zu errichten, wobei die Zweigstellen zu Verkaufsstellen umgewandelt werden. Die AEG hat den Aktionären der NAG (Nationalen Automobil-Gesellschaft), die ihr Kapital von 17 Millionen Mark auf 1,7 Millionen zusammenlegte und auf 6 Millionen Mark wieder erhöhte, ein Angebot gemacht, wonach nicht zusammengelegte Aktien der NAG in eine AEG-Aktie umgetauscht werden können. Die NAG hat ferner mit den Automobilwerten Büffing A.-G., Braunschweig, die Büffing-NAG. Vereinigten Kraftwagen mit einem Kapital von 4 Millionen Mark gegründet.

Einschränkung des Kaffeeanbaues. Die Kaffeevalorisierung in Brasilien hat bekanntlich mit einem vollkommenen Mißerfolg geendet und viel zur Zerrüttung der Finanzen und der Währung Brasiliens beigetragen. Jetzt hat man endlich erkannt, daß eine Kaffeesteuerung unmöglich ist, solange man nicht die übermäßige Kaffee-Produktion vermindert. Man will nunmehr den Ankauf der Kaffeeverträge aus öffentlichen Mitteln zwar fortsetzen, gleichzeitig aber die Anlegung neuer Kaffeepflanzungen auf fünf Jahre verbieten und zur Verhinderung der Leberproduktion minderwertige Kaffeeforten mit einer besonderen Steuer belegen, um sie aus dem Handelsverkehr auszuschalten. Gleichzeitig will man versuchen, die übrigen kaffeeanbauenden Länder für ähnliche Maßnahmen zu gewinnen.

Das „größte Lederwarenhäuser der Welt“ insolvent. Nach einer Mitteilung, die wir der „Wiener Lederwaren-Industrie“ entnehmen, ist die amerikanische Lederwarenfabrik Morris White zusammengebrochen. Die Firma steht zur Zeit unter gerichtlicher Verwaltung und verfügt insgesamt über eine Schuldlast von einer Million Dollar, die sich im wesentlichen auf fünf Banken und 18 große Warenläubiger verteilt. Der Gläubigerausfluß will versuchen, die Firma durch Gewährung eines Moratoriums zu erhalten und das Geschäft ohne Unterbrechung weiterzuführen. Ein zu Anfang Februar aufgestellter Status weist eine erhebliche Aktivität auf, doch muß bezweifelt werden, ob die Warenvorräte wirklich zu den angelegten Werten verkauft werden können. Das Prinzip der Fabrik bestand darin, große Warenbestände ihren Kunden ohne feste Verpflichtung zur Übernahme auf eigene Rechnung zu überlassen, ein Geschäftsprinzip, das bei aufsteigender Konjunktur sicher den Umsatz stark in die Höhe gebracht hat, bei rückgängiger Konjunktur aber ein erhebliches Risiko mit sich brachte.

Bücherschau

Lehrbuch des Lehrlingsführers der österreichischen Arbeiterkammern. Tätigkeitsbericht der Lehrlingskammern für das Jahr 1930. Zweite Nummer des „Personellen Archivs“, 16 Seiten. Verlag der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien, I., Grabenstr. 7. Preis 1 Schilling 20 Groschen pro Stück.

Der neueste Bericht der Lehrlingskammern liefert den Beweis, daß die Organisation des Lehrlingswesens in Österreich unablässig bemüht ist, allen Tendenzen, die auf eine Vordering des Lehrlingswesens abzielen, entgegenzuwirken. Die Lehrlingskammern gewähren Lehrlingen, Eltern und Vormündern in allen Fragen des Lehrlingswesens Rat und Hilfe.

Der Bericht beschäftigt sich sehr ausgiebig mit den wichtigsten Fragen des Lehrlingswesens, unter anderem mit den Maßnahmen gegen die Arbeits- und Berufsllosigkeit Jugendlicher, Fragen des Lehrvertrages, Lehrverträge, Aufstufung, Lehrlingsentschädigung, Beziehungen zur Gewerbevereinnahme und schließlich mit organisatorischen Maßnahmen. Das Studium dieses Berichtes kann allen in der Lehrlings- und Jugendfürsorge Tätigen nur bestens empfohlen werden.



Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 8. Juni bis 14. Juni ist der 24. Wochenbeitrag 1931 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft können zurückblicken:

- Coburg. Müller, Wilhelm, Tapezierer. Kollege Müller hat der Verwaltungskasse Coburg lange Jahre als Ortskassierer treue Dienste geleistet.
- Magdeburg. Müller, Wilhelm, Tapezierer; Nicolai, Emil, Sattler.
- Ulm a. D. Herz, Martin, Sattler.

Wismar. Auf Antrag der Verwaltungskasse Wismar wird das Mitglied Otto Rolle, Buchnummer 11 756 auf Grund des § 4 Abs. 2a des Statuts aus dem Verband ausgeschlossen.

Der Hauptvorstand.

Veranstaltungskalender

Halle a. S. Unsere nächste Versammlung findet am 13. Juni im Gewerkschaftshaus statt. Tagesordnung: Bericht vom Rechnungsabluß des Tapezierer-Tarifs und Wahl von Delegierten zur Bezirkskonferenz in Zeitz. Die Ortsverwaltung.

Magdeburg. Freitag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, Monatsversammlung bei Grunow. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Wuppertal. Freitag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, Vollversammlung im Gewerkschaftshaus, im „Roten Saal“. Erscheinen aller ist Pflicht.

Adressenänderungen

- Gera/Thüringen. Vorsitzender: Hans Seifert, Agnesstraße 44.
- Büfing. Kassierer: Hugo Rodenwaldt, Hauptgebäude Straße 7.

Sterbetafel

Berlin. Am 22. Mai starb im Alter von 70 Jahren der Sattler, Kollege Wilhelm Röther und am 30. Mai der Sattler, Kollege Albert Bude, 63 Jahre alt. Beide Kollegen waren langjährige treue Mitglieder unseres Verbandes.

Brandenburg a. S. Am 18. Mai starb unser Jungkollege, der Tapeziererlehrling Erich Stapel.

Hamburg. Am 2. Juni starb hier unser langjähriger treuer Mitglied, der Kollege Karl Scharnweber im Alter von 61 Jahren. Von Beruf Sattler, gehörte der Verstorbenen beinahe 35 Jahre dem Verband an.

München. Bei einem Pfingstausflug ins Kaisergebirge verunglückte unser Kollege Josef Waier, Tapezierer, 20 Jahre alt, tödlich durch Abstrur.

Offenbach a. M. Am 20. Mai starb unser Mitglied der Portefeulier August Siebert aus Lämmertpiel bei Offenbach, 39 Jahre alt.

Ehretrem Andenken!